

Sicherheit, Finanzen, Firmen

Wo der Regierungsrat in den nächsten vier Jahren Schwerpunkte setzen will.

Raphael Karpf

Ein neuer Regierungsrat, eine neue Regierungsrätin und ein neuer Staatsschreiber: An der Spitze des Kantons kam es diesen Sommer zu einem doch grösseren Umbruch. Die neu zusammengestellte Exekutive trat nun ein erstes Mal öffentlich auf und stellte mit dem Legislaturplan 2025-2029 die Schwerpunkte der kommenden Jahre vor. Das sind:

— Standortattraktivität und Wettbewerbsfähigkeit stärken.

— Lebensgrundlagen nachhaltig schützen und nutzen.

— Individualität achten und nutzen sowie den gesellschaftlichen Zusammenhalt wahren.

Naturgemäss sind Themen dieser Flughöhe sehr allgemein gehalten. Und so gingen die drei Regierungsrätinnen, zwei Regierungsräte und der Staatsschreiber in der Folge noch auf konkrete Projekte ein, die sie priorisieren wollen.

Susanne Schaffner, Departement des Innern

Im Departement der dienstältesten Regierungsrätin Susanne Schaffner (SP) steht in den nächsten Jahren die Sicherheit im Zentrum. Konkret: die Bekämpfung struktureller Kriminalität. «Strukturkriminalität gefährdet die öffentliche Sicherheit und noch wichtiger, sie unterwandert die legale Wirtschaft», führte Schaffner aus. Gruppen mit dem Ziel, mög-



V.r. Sibylle Jeker, Peter Hodel, Sandra Kolly, Susanne Schaffner, Mathias Stricker und Yves Derendinger.

Bruno: Bruno Kissling

lichst hohen materiellen Gewinn zu erzielen, würden Leib und Leben gefährden, die Wirtschaft verzerren und so hohen Schaden verursachen. Dem wollte man entschieden entgegenreten, was allerdings Ressourcen benötige. Konkret: mehr Mittel in der Strafverfolgung.

Peter Hodel, Finanzdepartement

Wo Finanzdirektor Peter Hodel (FDP) seine zwei Schwerpunkte setzen wird, war absehbar. Der Finanzplan des Kantons rechnet für die kommenden Jahre mit wachsenden, dreistelligen Millionendefiziten. Das Eigenkapital schmilzt dahin, die Verschul-

dung steigt an. Mit einer Finanz- und Steuerstrategie sollen die Kantonsfinanzen wieder in eine gesündere Richtung gelenkt werden. Hodel sprach von einem Balanceakt: Auf der einen Seite attraktive Steuerbedingungen für Private und Firmen, auf der anderen Seite müsse der Staat über genügend Einnahmen verfügen, um seine Aufgaben zuverlässig erfüllen zu können.

Und Hodels zweiter Schwerpunkt: das Personalrecht. Die Regierung hat den Gesamtarbeitsvertrag der Kantonsangestellten, der Lehrerinnen und Lehrer sowie des Spitalpersonals bekanntlich gekündigt. In den nächsten Jahren wird es da-

rum gehen, die Anstellungsbedingungen neu zu regeln.

Mathias Stricker, Bildungs-, Kultur- und Sportdepartement

Der im Frühling neugewählte SP-Bildungsdirektor Mathias Stricker stellt ausreichenden Schulraum in Solothurn und Olten ins Zentrum. Die pädagogische Hochschule zügelt von Solothurn nach Olten, in der Eisenbahnstadt soll zudem ein Erweiterungsbau der Fachhochschule realisiert werden. «Das stärkt den Fachhochschulstandort Olten.» In Solothurn wird dadurch gleichzeitig «dringend benötigter Raum für die Kanti frei».

Auch das Stichwort Inklusion in der Schule nannte Stricker. Und er stellte klipp und klar fest: Als Brückenkanton sei es für den Kanton selbstverständlich, dass Französisch als erste Fremdsprache in der Primarschule erhalten bleibt. In diversen anderen Kantonen steht Frühfranzösisch auf der Kippe.

Sibylle Jeker, Volkswirtschaftsdepartement

Die zweite Neugewählte in der Regierung, Volkswirtschaftsdirektorin Sibylle Jeker (SVP), will die Standortförderung umkrempeln. Eigentlich dazu gedacht, neue Firmen anzulocken, fristete die Abteilung in

den vergangenen Jahren ein Schattendasein. Das soll sich ändern. Als allererste Amtshandlung wechselte Jeker die Führung der Standortförderung aus. Nun soll die Organisation weiter überarbeitet werden. «Die Standortförderung ist kein Randthema, sondern ein zentrales Instrument für die Weiterentwicklung des Kantons.»

Sandra Kolly, Bau- und Justizdepartement

Baudirektorin Sandra Kolly (Mitte) stellte nicht etwa die diversen, anstehenden Bauprojekte ins Zentrum. Sondern das Amt für Raumplanung. Aufgrund Überlastung und den damit einhergehenden Verzögerungen bei den Ortsplanungsrevisionen der Gemeinden stand das Amt zuletzt immer wieder in der Kritik. Und obwohl bei weitem nicht alle Gemeinden ihre Ortsplanungsrevisionen beschlossen haben, stehen mit der zweiten Revision des Raumplanungsgesetzes weitere Herausforderungen für das Amt bevor.

Yves Derendinger, Staatsschreiber

Neuer Staatsschreiber, alte Herausforderungen. Wie bereits vor vier Jahren soll die Staatskanzlei auch unter der Leitung von Yves Derendinger die Digitalisierung vorantreiben. Bemühungen waren in den vergangenen Jahren zwar durchaus vorhanden, allerdings ohne gewünschten Erfolg. Dieses Jahr zog die Regierung die Notbremse, stoppte das Digitalisierungsprojekt und lässt es derzeit neu ausrichten.

Grosse Ambitionen, ernüchterndes Fazit

Mit der Digitalisierung und dem Klimaschutz tat sich die Regierung in den vergangenen Jahren schwer.

Christof Ramser

Digitaler und nachhaltiger sollte der Kanton Solothurn werden. Das hatte sich die Regierung vor vier Jahren im Legislaturplan 2021 bis 2025 auf die Fahne geschrieben. Am Mittwoch hat die Regierung nun die neue Legislaturplanung für die kommenden vier Jahre verabschiedet. Zeit, zurückzuschauen und Bilanz zu ziehen.

Auf einem guten Weg ist der Kanton im Hinblick auf Standortattraktivität und Wettbewerbsfähigkeit. Dies geht aus der Vollzugskontrolle hervor. So konnte die Regierung vorwärts machen mit dem Plan, die Steuern für mittlere Einkommen zu senken. An der Urne brachte sie den Gegenvorschlag zur Initiative «Jetz si mir draa» durch.

Ebenfalls wurde eine HR-Strategie im Personalbereich erarbeitet. Damit will sich der Kanton als guter Arbeitgeber etablieren. Im Juni streute die Regierung noch in der alten Zusammensetzung allerdings Sand ins Getriebe, als sie den Gesamtarbeitsvertrag einseitig kündigte. Beim Staatspersonal

geht seither die Angst um, dass dies auf Kosten der Arbeitsbedingungen geht – was die Regierung dementiert.

Ebenfalls abgehakt werden kann das Ziel, ein neues Zentralgefängnis zu bauen. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben den 120-Millionen-Kredit 2023 genehmigt. Noch nicht über die Bühne ist die Abstimmung zum neuen Polizeistützpunkt in Oensingen. Ebenfalls nicht wie geplant umgesetzt werden konnten die Umfahrung Klus sowie der Neubau des Bahnhofplatzes Olten.

Auf gutem Weg sieht sich die Regierung bei der Förderung der Französischkompetenzen. An Solothurner Schulen wird vermehrt immersiv in der zweiten Landessprache unterrichtet, das heisst, der Unterricht findet zweisprachig statt. Noch Luft nach oben gibt es beim Sprachtausch. Statt wie geplant fünf, gingen bisher zwei Schulen eine Partnerschaft mit einer Schule in der Romandie ein. Auf Kurs ist die Stärkung des Fachhochschulstandortes Olten. Der Umzug

der pädagogischen Hochschule von Solothurn nach Olten ist beschlossene Sache.

Auch bei der Kriminalitätsbekämpfung respektive der Stärkung der subjektiven Sicherheit sieht sich die Regierung auf gutem Weg. Mehrere Massnahmen gegen häusliche Gewalt wurden umgesetzt. Wie geplant konnte der Bestand der Kantonspolizei von 568 auf 575 Personen erhöht werden.

«Mr. Digitalisierung» hat gekündigt

Ernüchternd ist die Bilanz bei der digitalen Transformation, einem Schwerpunktthema der vergangenen vier Jahre. Im April ging ein Bericht einer Consultingfirma mit der Digitalisierungsstrategie hart ins Gericht. Es fehle eine Gesamtsicht, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten seien nicht voneinander abgegrenzt. Der Chief Digital Officer Reto Fahrni hat gekündigt und ist seit Ende August weg, eine Nachfolge ist nicht in Sicht. Zuerst wollte man das Stellenprofil anpassen. Der Job soll bald ausgeschrieben werden.

Termingerecht erstellt wurde die Digitalisierungsstrategie für das Staatsarchiv. Allerdings fehlen die personellen und finanziellen Mittel, um die definierten Massnahmen umzusetzen. Noch nicht abgeschlossen ist die Suche nach einem neuen Standort für das Staatsarchiv. Geplant ist derzeit, dieses der einst in einem Erweiterungsbau des Röhthofs in Solothurn unterzubringen.

In Arbeit respektive eine Daueraufgabe ist die Digitalisierung der Bildungslandschaft. Im Verzug ist man zum Beispiel bei der Ausrüstung der Schülerinnen und Schüler mit einem Tablet sowie bei der Nutzung einer elektronischen Bildungs-ID, mit der Lernmaterial bezogen werden kann. Zurückbuchstabiert hat der Regierungsrat beim pädagogischen Support im Bereich der Digitalisierung. Dieser wurde im Rahmen des 60-Millionen-Sparpakets gestrichen.

Energiegesetz klar verworfen

Als eine der zentralen Herausforderungen definierte die Re-

gierung den Klimawandel. Geplant war ein Ausbau der erneuerbaren Energien und eine bessere Energieeffizienz von neuen und bestehenden Gebäuden, etwa indem die Photovoltaik oder die Elektromobilität stärker gefördert werden. Konzentriert wurden die Vorhaben im Energiegesetz, das 2025 hätte in Kraft treten sollen.

In ihrer Erfolgskontrolle bilanzierte die Regierung zwar, dass das Geschäft erledigt wurde. Tatsächlich wurde die Vorlage von der Regierung verabschiedet und vom Kantonsrat gutgeheissen. An der Urne jedoch scheiterte das Energiegesetz vergangenen Februar krachend.

Ebenfalls geplant war eine Ökologisierung der Motorfahrzeugsteuer. Hier sieht sich die Regierung im Zeitplan, obwohl das Gesetz in der vergangenen Legislatur nicht revidiert wurde. Das Geschäft dürfte wohl kommendes Jahr ins Parlament kommen. Immerhin kann der Hochwasserschutz an der Dünern nach dem Ja der Stimmbürger umgesetzt werden.

Nachricht

Grosser Stau nach Unfall in Solothurn

Zwei Verletzte Am Mittwochmittag kam es auf der Westtangente in Solothurn zu einem Unfall. Laut der Medienstelle der Kapo waren ein Lastwagen und zwei bis drei Autos in den Unfall verwickelt. Zudem wurden zwei Personen verletzt und mit der Ambulanz ins Spital gebracht. Aufgrund des Unfalls wurde die Strasse komplett gesperrt. Wie Augenzeugen gegenüber der Redaktion von «Radio 32» berichteten, erstreckte sich der Stau teilweise bis Bellach und Biberist. Darüber hinaus geriet auch der Busfahrplan durcheinander. Weitere Angaben machte die Kapo bis Redaktionsschluss keine. (anb)

ANZEIGE

